Kommentar zur Wahl in Berlin

Die Großen verlieren: Einbußen für die CDU, ein Fiasko für die SPD. Auch wenn sich dadurch für Berlin, für die große Koalition unter Eberhard Diepgen nichts grundlegend ändera: Als erstes bleibt – auch nach dem Scheitern der FDP – festzuhalten: die Mitte schrumpft.

Die CDU: Beim letzten Mal schnitt sie - dank gleichzeitiger Bundestagswahl und Einheitseuphorie - noch ungewöhnlich gut ab. Jetzt verliert sie im Westen und legt dafür im Osten zu. Diepgens Politik - Aufbau Ost vor Ausbau West - erweist sich als zweischneidig: Eie bringt, kostet aber auch Stimmen.

alles

Viel dramatischer sieht & für die SPD aus: Sie hält sich im Westen, hat aber, ganz anders als die CDU, im Osten zweistellige Verluste. Wirtschaftlich wird ihr nichts zugetraut. Nicht einmal bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird ihr in Gesamtberlin derzeit mehr Kompetenz zugesprochen als der CDU.

Das ist ein Alarmsignal für alle Sozialdemokraten. Es zeigt: Die Ursachen für die Niederlage liegen tief. Mit Personen allein, mit Stahmer und Scharping ist das Debakel von heute gar nicht zu erklären. Die Sache ist komplexer: Ingrid Stahmer, gewiß eine patente Frau, stand einfach nicht für eine klar von der CDU unterscheidbare, eine neue und zugleich nachvollziehbare Politik.

Und erst recht nicht ihre männlichen Genossen in Bonn und Hannover. Ach, hätten Scharping und Schröder nicht nur für sich selbst, sondern um Inhalte, um Ziele und Zukunft gestritten – das Berliner Ergebnis sähe anders aus.

So profilieren sich die Grünen ets drittstärkste Kraft erneut als eigentliche Oppositionspartei.
Umso mehr, als die FDP nun auch in torlin vom Wähler für überflüssig gehalten wird.

Schließlich das Warnzeichen für alle in Berlin und in Bonn. Die PDS gewinnt noch einmal hinzu, wird weitaus stärkste Partei im Osten. Die Einheit der Stadt, die Einheit des Landes – dies zeigt sich überdeutlich – ist auch fünf Jahre danach nicht vollendet: Ost und West und zunehmend mehr auch arm und reich prallen in Berlin härter als sonstwo aufeinander.

Eine Ausnahmesituation. Um sie zu bewältigen, ist die Ausnahme Große Koalition wohl noch einmal zu rechtfertigen.